

## Wohnungskrise spitzt sich weiter zu

### Kooperationsvereinbarungen mit den Kommunen nicht ausreichend

Andreas Hartenfels, MdL (BSW), hat die Landesregierung mit einer kleinen Anfrage (<https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/8879-18.pdf>) zum Thema sozialer Wohnungsbau befragt. Das Ergebnis ist für Menschen mit kleinem Geldbeutel niederschmetternd.

„Die rot-grün-gelbe Landesregierung verfehlt nicht nur ihre selbstgesteckten Ziele bei der Verringerung der Wohnungsnot und der Schaffung bezahlbaren Wohnraums – **die Situation bei der Suche nach solchen Wohnungen verschlechtert sich stattdessen zusehends immer weiter**“, fasst Andreas Hartenfels die Antwort der Landesregierung auf seine Anfrage zusammen.

„Allein seit 2019 hat sich die Zahl der gebundenen Sozialmietwohnungen um ein Viertel von gut 50.000 auf knapp 38.000 verringert. Und das, obwohl völlig unstrittig ist, dass der Bedarf an solchen Wohnungen seit Jahren steigt. Während jedes Jahr tausende Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen, sind im vergangenen Jahr gerade einmal 616 neue Sozialwohnungen gebaut worden – **das waren nochmals 30 Prozent oder gut 280 weniger als 2022**“, so Hartenfels weiter.

Und auch die Kooperationsvereinbarungen mit den Kommunen, die die Mietsteigerungen und die Wohnungsnot in Mainz, Ludwigshafen, Landau, Speyer und Trier und zuletzt weiteren Städten und Kreisen mildern sollten, sind nicht ausreichend: **„Die Landesregierung schmückt sich mit ihren wohnungspolitischen Aktivitäten – aber die Mieten steigen weiter, das Angebot wird knapper**. Und in Ludwigshafen hat die Kommunalaufsicht der Stadt sogar den Kauf von Grundstücken für den Wohnungsbau verboten, weil dazu das Geld nicht da sei: Eine Landesaufsichtsbehörde hindert eine Kommune daran, der Intention der Kooperationsvereinbarung zwischen Kommune und Land zu folgen. Das ist einfach nur noch absurd“, bilanziert Andreas Hartenfels.

„Die Rezepte“, so Hartenfels abschließend, „wie man Wohnungsnot und explodierende Mietpreise bekämpft, sind schon lange bekannt – die Landesregierung muss sie nur anwenden: Förderung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften - auch in den Kreisen und nicht nur den Städten - Entschlackung der Landesbauordnung bei der Umwandlung von Büro- in Wohnflächen, schnellere Baugenehmigungsverfahren und der Ausbau der Neubauförderung von mietgebundenem Wohnraum. **Letztlich braucht es auch deutlich mehr Fördermittel vom Bund für den Sozialen Wohnungsbau**“.

Weitere Miteilungen unter [www.andreas-hartenfels.de](http://www.andreas-hartenfels.de)

Andreas Hartenfels, MdL (Partei BSW)  
fraktionsloser Abgeordneter  
Mitglied im Klimaausschuss  
Klimaschutzbeauftragter des LK Kusel  
Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz  
[Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de](mailto:Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de)